



und ohne Hintergedanken mitarbeiten werde; alles dies unter der Voraussetzung, daß an den Grundlagen des Reiches nicht geäußert werde.

Aun, bisher sind ja der Regierung besondere, auf die Neuordnung gerichtete Vorlagen nicht zugegangen, wohl aber ist in der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß die Absicht besteht, die sogenannten Riesenwohltreire im Deutschen Kaiserreich zu zerstören, eine alte demokratische Forderung. Ich erwähne dies nur deswegen, um auch hier wieder zu erklären, daß die Regierung es durchaus bereit ist, dort, wo sich Wirknätheit und Unbilligkeiten zeigen, in lokaler Weise davon mitzubringen, solche Wirknätheit zu beseitigen. Wenn ich daher keine Einwendungen dagegen zu erheben habe, daß Sie, meine Herren, den Antrag gestellt haben, so möchte ich doch anderseits den Eindruck vermeiden, als sollte damit alle und jede Hoffnung auf Freiheit getragen werden, die nun einmal im deutschen Volke sich um das Wort der Neuordnung herum aktualisiert hat, ich mich sogar sehr entschieden dagegen Verwahrung einzulegen, daß selbst in bürgerlichen Blättern die jüngste Regierung als eine Feindin jeder Neuordnung bezeichnet werden ist. Gestatten Sie mir daher hierüber doch noch einige allgemeine Bemerkungen.

Sagen am 16. Mai habe ich darauf hingewiesen, daß die Wünsche auf Neuordnung sehr verschiedene Ziele verfolgen, daß sie aber alle einer gemeinschaftlichen Wurzel entspringen, der Sehnsucht nach einem Ausgleich der vielen Röte, die der Krieg geschaffen, vielleicht auch solcher, die der Krieg erst aufgedeckt hat. Soweit diese Wünsche auf rein wirtschaftlichem Gebiete liegen, erscheinen sie uns durchaus verständlich. Wir werden die Kunden, die der Krieg unmittelbar geschlagen hat, sofern als möglich heilen müssen, und die, welche erst mittelbare Folgen des Krieges sind, werden wir im Laufe der Zeit behandeln müssen. Dies wird eine Hauptaufgabe des Wiederaufbaus unserer Volkswirtschaft sein, die zunächst in einem Zustande der Übergangswirtschaft unter einem Gangen Wirtschaftsleben wieder geordneten Rahmen schaffen muss, später aber in einer Jahrzehntelangen Entwicklung all die vielen Kunden und Röte heilen und wiederherstellen muss, welche die Folge des Krieges sind. Dieser Wiederaufbau wird sich in dem Bereich der sozialen Versicherung und eines gerechten Ausgleichs unter teilweiser Ausschaltung aller klasseninteressen und Klassenkämpfe vollziehen müssen.

Wenn nun die materielle Not augenblicklich die stärkste Tatsache für den Wunsch nach Neuordnung ist, so möchte ich doch betonen, daß es ein lediglich materielle Möglichkeit ist, die diesem Wunsche zugrunde liegt. Wer die Literatur, die Briefe und die Verhandlungen in den Parlamenten aufmerksam verfolgt, der muß doch zugeben, daß es grobe, ideale Probleme sind, um die sich die Meinungen auseinanderziehen, und auch hier auf idealen Gebiete liegt der Wunsch nach einem Ausgleich vor. Was sagt, da' deutsche Volk darf nicht hunderttausende je nur bestimmt haben, ohne einen Gewinn für sich davon zu ziehen? Wo steht dieser Gewinn? Wir suchen ihn zunächst auf dem Gebiete der auswärtigen Politik. Wir haben den Krieg geführt zur Verteidigung unserer Grenzen und verlangen demgemäß eine bessere Sicherung unserer Grenzen. Wir verlangen nicht nur das, sondern auch eine Sicherung unserer Seltung und unseres Einflusses in der Welt. Aber darüber hinaus meldet sich der Wunsch nach Erneuerung und Erhaltung unserer inneren Verhältnisse. Ist dieser Wunsch berechtigt? So bedeutsam es zweifellos für uns ist, militärische in dieser Zeit des Krieges um unser Dasein sich schwere Probleme zu lösen, oder gar Verhinderungen zu machen, so möchte ich dem Wunsche nach einer inneren Erneuerung doch nicht alle und jede Berechtigung abnehmen, hieße das doch den Verzicht auf jeden Fortschritt. Zu elementar ist die Empfindung, die uns alle befreit, daß das Erleben des Weltkrieges nicht ohne Rückwirkung auf unsere inneren Verhältnisse sei und bleiben kann. Jundost hoffen wir doch zum mindesten, daß unser gehauenes kulturelles, politisches und religiöses Leben eine Veränderung erlebt. Freilich ist es notwendig, daß alle Kreise sich von der Überzeugung durchdringen lassen, daß der Krieg ein Erziehungsmittel der göttlichen Weltregierung ist; und ich darf wohl die Überzeugung aussprechen, daß wir alle in dieser Erziehung gelernt haben, vollständiger zu empfinden. Aus diesem vollständigen Empfinden heraus werden sich dann von selbst neue Ideale auch für unser inneres politisches Leben entwickeln, wir werden neue Mittel und Wege finden auch für die alten Ideale.

Aber noch ist es nicht an der Zeit, uns mit dem Bleistift in der Hand an den grünen Tisch zu setzen und die Grundlagen einer Neuordnung programmatisch festzulegen; ich möchte sogar mit allem Ernst alle diejenigen warnen, die es unternehmen, an dem Baume des Lebens zu tüfteln, bis ihnen die untreuen Früchte in den Schloss fallen. Grob ist die Zahl der Fragen, die uns nach dem Kriege beschäftigen werden, sie werden in eine große Zahl von Einzelfragen zergliedert werden müssen. Wie werden alle diese einzelnen Fragen nach dem Grundsache ausgewählter Gerechtigkeit behandeln und alles dasselbe fordern, dem wir für unser Vaterland einen bleibenden Wert zuverleihnen können.

Wie ist aber nun zu verfahren, die Frage zu lösen und diese Arbeit zu machen? Es ist geagt worden, unter Volk sei mündig, es habe einen Anspruch darauf, sein Schicksal selbst zu bestimmen und die Verantwortung an seinem Schicksal mit zu tragen. Diese Sache sind gewiß richtig. Das ganze deutsche Volk in seinen besten Mitgliedern soll an dieser Lösung mitarbeiten. Aber freilich, die Sichtung dieser Lösungen und die Durchführung dieser Aufgaben wird Sache des Verfassungsmäßigen Organs des deutschen Volkes sein, das ist der Bundesrat und der Reichstag. Mit Unrecht wird behauptet, daß der Wille des Volkes in diesen kleinen Organen nicht genugend in die Erkenntnis trete. Mit Unrecht wird behauptet, daß das Reich nicht vollständig und freiheitlich regiert werde, und daß nur eine parlamentarische Regierung eine Gewalt für vollständige und freieheitliche Regierung biete. Das Deutsche Reich hat bekanntlich das freiheitliche Wahlrecht der Welt, und kein Gesetz kommt ohne Zustimmung des Reichstags zu stande, selbst die Ausführung der Gesetze wird mit einer Gewissenhaftigkeit kontrolliert, die jede Macht entzöglicht, viel mehr ausreichend als in irgendeinem parlamentarisch regierten Staat. Es liegt mithin kein Grund zur Behauptung vor, und trotzdem meldet sich die Sozialdemokratie und nicht ihre Vertretungen nach einer älteren Demokratisierung mit der alten Parole der Freiheit und Gleichheit zu verteidigen. Da scheint es doch wohl anzusehen, daß aus hinzuweisen, was die große Gegenfrage in diesen beiden Wörtern Freiheit und Gleichheit liegen.

Die vollkommenen Freiheit und Ungebundenheit herrscht, hört die Gleichheit auf, denn dort überwunden eben der Starke den Schwächeren, wo aber die Gleichheit besteht, wird die Freiheit erloschen. Daher hat der Liberalismus, der die Freiheit vertreibt, sein Ideal in der starken Persönlichkeit, die ungebunden durch die Freiheit aus der Menge herausgetragen und ihr Schicksal selbst bestimmt. Die Demokratie dagegen hat ihr Ziel in der Gleichheit, in dem größtmöglichen in Masse, der größtmöglichen Zahl, und dies soll erreicht werden durch eine alle Unterschiede ausgleichende Gerechtigkeit und durch eine Weisegabe, die mit eiserner Faust die Individualität unterdrückt. Beide Richtungen lehnen daher nur solange zusammen, als sie eine jeweilige Regierung bekämpfen. So ist es zum Siege, so tritt unfehlbar der Zustand ein, daß sie sich gegeneinander wenden müssen, wie wir dies ja in den heutigen Tagen in Auktion so anschaulich beobachten können.

Wir erkennen demgegenüber die Notwendigkeit einer Regierung an, die über diese Gegenläufe besteht. Jüngere Zeiten haben verloren, daß Welen des Landes aus einem Prinzip heraus aufzubauen. Es ist von Vertretern der Freiheit das Prinzip der Trennung der Gewalten aufgestellt worden, um in diesem Prinzip einen Schutz zu finden gegen die Allmacht und Willkür des Staates. Demgegenüber haben andere in der volonté générale, dem all-

gemeinen Willenswillen, die Grundlagen der Gleichheit gefunden, der sich jeder einzelne unterordnen hat. Die moderne Wissenschaft fragt nicht so sehr nach der besten Staatsform, sondern sie beschäftigt sich mehr mit der Frage, warum dieser oder jener Staat da oder dort entstanden ist, und sie betrachtet den Staat als eine Erscheinung der geographischen, natürlichen und geschichtlichen Lebensbedingungen. Sie sieht den Staat als ein Lebewesen an, bei dem alles Leben aus dem Kampf der Gegenläufe heraus geboren wird. Als ich, meine Herren, im Jahre 1909 die Ehre hatte, den Gemeindebang in Annaberg zu begleiten, habe ich mir erlaubt, auszuführen, daß man nicht nur konserватiv und nicht nur einseitig liberal regieren könne, denn das politische Leben beruhe eben auf der Spannung dieser Gegenseite, und die Regierung sei berufen, aus der Spannung dieser Gegenläufe heraus den Antrieb für ihre Schritte zu finden. Man kann aber, so sage ich fort, einen Staat auch nicht einseitig demokratisch, und nicht einseitig autokratisch regieren, sondern nur da, wo sich die großen Gegenläufe der Freiheit und Gleichheit, des Beharrungs und Fortschritts der Autorität und des Kritik die Wage halten, kann der Staat gebildet werden. Diesen Ausgleich herzustellen ist der konstitutionell-monarchische Staat, der monarchische Staat, der sich in einer viertausendjährigen Geschichte in deutschen Landen bewährt hat, und der sich auch in Zukunft behaupten wird trod aller Verleumdungen seiner Gegner im Ausland. Freilich bedarf auch diese Regierungsfomme einer klaren Abgrenzung der Zuständigkeiten, nicht einer scharen Teuerung der Gewalten. Denn wir erkennen, daß auf allen diesen Gebieten der verschiedenen Gewalten sowiel Berührungsstellen sind, daß ein Zusammenwirken notwendig ist. Die Regierung als Hauptträgerin der Exekution kann nicht darauf verzichten, an der Legislative teilzunehmen, denn sie allein kennt die Lücken der Gesetzgebung und die Möglichkeit der Durchsetzung einzelner gesetzlicher Bestimmungen; die Vollversetzung andererseits, auf der ja hauptsächlich die Aufgabe der Gesetzgebung liegt, hat in dem Rechte der Kontrolle, daß sie zu wissen, ob die Gewichte der Gesetze nicht in willkürlicher Weise ausgenutzt werden. Und hier ist die Stelle, wo das Recht der Beratung auf Beratung beruht. Die Regierung soll dem Volke Beratungen entgegenbringen und dieses Beratene immer wieder von neuem zu erwerben suchen. Aber sie ist darauf angewiesen, daß die Kunden der Gesetzgebung und die Möglichkeit der Durchsetzung einzelner gesetzlicher Bestimmungen; die Vollversetzung anderer Räte die Staatsträgerin an sich reichen und sie zu ihrem eigenen Nutzen in brauchen. (Sehr richtig!)

Doch diese Bedenken auch in der sozialdemokratischen Literatur vertreten werden, ist Ihnen bekannt? Ich darf auf einen Aufsatz hinweisen, der ja vielfach in den Preisen besprochen worden ist, ich meine den Aufsatz in dem 21. Heft der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die Worte“ unter der Überschrift „Proletarische Interessen und parlamentarische Abwoltenfreiheit“ von Ernst Heilmann. Der Verfasser geht davon aus, daß die deutsche Sozialdemokratie einig sei in der Forderung einer vollständigen Regierungswelt, die dem Volkswillen entspricht und dem Volkswohl ethisch dient. Er erhebt aber dann später:

Ebenso einig wie in dieser Forderung und bei ihrer Verfechtung sollte die Sozialdemokratie bei der Ablehnung der so genannten parlamentarischen Regierungswelt sein.

Er schreibt dann weiter:

Scheinbar ist dieses System sehr demokratisch. Das Volk wählt aller paar Jahre die Volksvertretung, und die Volksvertretung bestimmt aus ihrer Mitte die Regierung. Das steht ganz nach Selbstregierung des Volkes aus. Und doch ist dieses System reine Willkür. Verwaltungstaufgaben kann man hingegen nach parteipolitischem Gesichtspunkt nicht. Auf Trennung der Gewalten der Legislative, Exekutive und Justizdivision beruht jede Ordnung im Staatswesen. Der verhängende Absolutismus geringt die Trennungswände der drei Gewalten — die Demokratie wird erst recht wünschlich, wenn die Gesetzgebende Körperlichkeit die Verwaltung oder Rechtsprechung an sich reicht. Das Volk besteht im republikanischen Frankreich etwa Kriegsrecht und Zensur fast schlummernd als im Außenland der Baron Nikolaus und Xerxes. In Deutschland blieb bei allem Kriegszustand das Parlament immer noch eine unabkömmlinge Kontrollinstanz gegenüber der Regierung. In den parlamentarisch regierten Ländern wird der Staat vollständig und unüberdringlich die Beute einer Kamaraderie von einigen 600 Mann, die ohne jede Gewalt über oder neben sich, ohne jede Verantwortung vor Gott oder den Menschen ihre Länder zugrunde richten.

Kein besonderes Gewicht will ich auf die harten Worte legen, mit denen der Verfasser die parlamentarischen Ministercharakteriert, wenn er sagt: „Die Weisheit des parlamentarischen Ministers besteht darin, daß er von dem Amt, zu dessen Leitung er berufen wird, nichts versteht.“

Er schreibt weiter:

„Agitorische und organisatorische Begabung kennen ja nun gelegentlich zusammenzutreffen; ihre Natur nach werden sie jedoch ziemlich eher völlig getrennt als beieinander vereint sein, und dann verändert eben der Agitator und Demagoge, der parlamentarische Regierungsmann geordnet ist, seine Verwaltung, wie wir das in Deutschlands Städten und Kleinstädten bei unseren Feinden gesehen haben, die uns ohne das so leicht hätten niederringen müssen, wie sie sich das gedacht hatten.“

Zum Schluss noch ein Wort aus gleicher Schrift: „Was die bürgerliche Obrigkeit regiert, gilt die bürgerliche Sozialreform gelebt hat, ist ziemlich zwecklos wie das ganze Prinzip des parlamentarischen Regimes.“

Das ist es, worauf es ankommt. Wo ist am meisten für die deutsche Wohlthat gesorgt worden? Ich glaube, wie können mit Stolz sagen, daß in Deutschland sich in dieser Beziehung in den letzten Jahrzehnten Fortschritt gemacht hat, während in den Reichen parlamentarisch regierten Staaten die Regierungen sich aufgerollt haben in periodischen Kampf um die Macht. Diese Kampf ist dem konstitutionellen monarchischen Staat entsprungen. Darin sehen wir die Gewalt unserer Gesundheit und Kraft, und diese Kraft wird auch in die Lage versetzen, nach dem Kriege die Wohlthat des Landes wieder aufzubauen.

Das Königreich Sachsen hat in früheren Zeiten noch ungünstige Kriegen und noch schwerste Verlusten die Fähigkeit bewiesen, seine Volksstämme wiederzubauen dank dem festen Vertrauen zwischen Könige und Volk. Dieser Wiederaufbau wird um so schneller auch nach dem gegenwärtigen Weltkrieg gelingen, je besser der Friede sein wird, den wir ertragen, denn die Vorstellung darauf ist, daß der Friede selbst uns die Mittel dazu biete. (Sehr richtig!)

Es ist heute nicht unsere Aufgabe, die Ziele der auswärtigen Politik näher zu erörtern, ich verzichte daher darauf, Friedensziele im einzelnen zu behandeln, aber ich halte es doch für notwendig, auf die Wichtigkeit des Zusammenhangs der auswärtigen und inneren Politik hinzuweisen. Wenn sich Wiederholung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik in einer gewissen Vereinfachtheit äußert, in gegenwärtigen Verhältnissen zu können, so können wir aus diesem Zustand nur durch erfolgreiche äußere Politik wiederholen, daß das Vertrauen zwischen Regierung und Volk wiederhergestellt wird im Vertrauen auf die Kraft und Leistungsfähigkeit unseres Volkes und unseres Staatslebens. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachte auch ich, daß in diesen Tagen eine starke nationale Welle durch unser Volk geht (Bravo!), die unter Ausschaltung aller inneren Streitfragen (Bravo!) sich nur die Aufgabe gestellt hat, aufzuladen und den gesunkenen Mut unseres Volkes wieder zu heben. (Bravo!)

Die Regierung hofft, daß diese Entwicklung dazu dienen wird, uns in dem schweren Endkampfe, der uns noch bevorsteht, den Kunden zu föhren, und daß die Entschlossenheit und Siegesgewissheit unseres Volkes dazu beitragen wird, uns einen Frieden zu erkämpfen, welcher der Opfer wert ist, die wir gebracht haben. Dann, aber auch nur dann werden wir in der Lage sein, dem Volke die Besserung seiner inneren Zustände zu schaffen, auf die es Anspruch hat. (Lebhafte Bravo!)

Will. Geh. Rat Prof. Dr. Wach, Erzellen:

Es sei wohl mit Bestimmtheit zu erwarten, daß, wenn der Antrag der Deputation zum Bechluß erhoben werde, das Ergebnis draußen vielleicht am Mißverständnis führt und stark angegriffen werden würde. Man werde die Erste Kammer der Volksvertretung, der Freiheitsseindlichkeit, der Freiheitsfeindlichkeit, der Gewaltseindlichkeit, der Gewaltfeindlichkeit zeihen. Die Kammer werde also doch wohl dafür Sorge tragen müssen, daß die Bechluß nicht nur in der negativen Richtung, sondern auch im positiven Gehalt verständlich werde. Wenn von Seiten des Herrn Staatsministers eben ausgeführt wird, daß in der Zukunft Erneuerung und Erhöhung der inneren Verhältnisse Deutschlands, Stärkung des volkstümlichen Empfindens, Stärkung neuer Ideale auch das Ziel der Regierung sein werde, so glaube ich außerordentlich, daß die Erste Kammer dabei diese Regierung nicht im Stiche lassen werde. Solange er der Ersten Kammer angehört, habe er niemals das, was man realistisch nenne, beobachtet können, auch niemals, daß die Kammer einem wahren Fortschritte widerstrebe. Er möge mit aller Energie darauf hinweisen, daß die Erste Kammer es gewesen sei, die im Jahre 1916 und 1917 eine, der Entwicklung unserer industriellen Bevölkerung entsprechende Erweiterung ihrer selbst gewünscht habe. Das Ergebnis sei nur an dem Widerstand der Zweiten Kammer gescheitert.

Welche Wirkung werde der Deputationsbeschluß auf unsere Feinde haben? Man temne den Schloten unseres Feindes: Kampf gegen die Freiheit und Unabhängigkeit, Kampf gegen die Unterdrückung der Kleinvothen, der Völker durch die Verflüssigung seines Deutschen und weiter Konzessien für die Bildung Deutschlands selbst, denn daraus kommt das hinaus, was Herr Wilson proklamiert habe, der das deutsche Volk und die Regierung Deutschlands in einen Kampf zueinander stelle. Und das sollte man hier den Auferreden nach abschließiger freieheitlicher und vollständiger Neuordnung im Reich? Wie werde dieser Aufdruck verschanden werden? Er könnte nicht anders verschanden werden, denn als eine schwere Lage über die Unterdrückung, unter der man in Deutschland leide, als ein Protest gegen das dynastische Joch, unter dem Deutschland leide. So würde man Waller unseren Feinden an die Nüte geben, so würden wir deren Feinde befreien, wenn nur solche Dinge, solche Wünsche mit dem richtigen Nachdruck in die Öffentlichkeit gelangen. Er meine, ich da gebiete eine gewisse Jurisdiktion. Dazu kommt die von dem Herrn Berichterstatter hergehobene Allgemeinheit, Unfreiheit des Bechlußes der Zweiten Kammer. Die Herren Redner in der Zweiten Kammer in der Schlussberatung vom 3. Juli dieses Jahres hätten sonst und sondern dem Antrag und Bechluß einen verschiedenen Sinn untergelegt. Keiner habe daselbst gefordert, was der andere gefordert habe. Was sei Freiheit, was sei volkstümlich, was sei Neuordnung? Was sei Neuordnung im Reich durch das Reich? Durch das Reich allein ja zu erfolgen, denn der Antrag obwaltet sich an dem Bundesrat. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, wie es gemeint sei. Durch das Reich allein freieheitliche und vollständige Neuordnung durchgezogen werden, alsbald erfolgend im Reich und im Gliedstaat. Das gehe ja schon aus der Gewissheit aller dieser Dinge hervor. Wenn es ja gar nicht in Zweifel ziehe, daß das gebietet eine gewisse Jurisdiktion. Dazu kommt die von dem Herrn Berichterstatter hergehobene Allgemeinheit, Unfreiheit des Bechlußes der Zweiten Kammer. Die Herren Redner in der Zweiten Kammer in der Schlussberatung vom 3. Juli dieses Jahres hätten sonst und sondern dem Antrag und Bechluß einen verschiedenen Sinn untergelegt. Keiner habe daselbst gefordert, was der andere gefordert habe. Was sei Freiheit, was sei volkstümlich, was sei Neuordnung? Was sei Neuordnung im Reich durch das Reich durch das Reich allein zu erfolgen, denn der Antrag obwaltet sich an dem Bundesrat. Es kann gar nicht zweifelhaft sein, wie es gemeint sei. Durch das Gliedstaat zur vollständigen und volkstümlichen Neuordnung durchgezogen werden, alsbald erfolgend im Reich und im Gliedstaat. Das gehe ja schon aus der Gewissheit aller dieser Dinge hervor. Wenn es ja gar nicht in Zweifel ziehe, daß das gebietet eine gewisse Jurisdiktion. Dazu kommt die von dem Herrn Berichterstatter hergehobene Allgemeinheit, Unfreiheit des Bechlußes der Zweiten Kammer. Die Herren Redner in der Zweiten Kammer in der Schlussberatung vom 3. Juli dieses Jahres hätten sonst und sondern dem Antrag und Bechluß einen verschiedenen Sinn untergelegt. Keiner habe daselbst gefordert, was der andere gefordert habe. Was sei Freiheit, was sei volkstümlich, was sei Neuordnung? Was sei Neuordnung im Reich durch das Reich?

Ebenso einig wie in dieser Forderung und bei ihrer Verfechtung sollte die Sozialdemokratie bei der Ablehnung der so genannten parlamentarischen Regierungswelt sein.

Er schreibt dann weiter:

Scheinbar ist dieses System sehr demokratisch. Das Volk wählt aller paar Jahre die Volksvertretung, und die Volksvertretung bestimmt aus ihrer Mitte die Regierung. Das steht ganz nach Selbstregierung des Volkes aus. Und doch ist dieses System reine Willkür. Verwaltungstaufgaben kann man hingegen nach parteipolitischem Gesichtspunkt nicht. Auf Trennung der Gewalten der Legislative, Exekutive und Justizdivision beruht jede Ordnung im Staatswesen. Der verhängende Absolutismus geringt die Trennungswände der drei Gewalten — die Demokratie wird erst recht wünschlich, wenn die Gesetzgebende Körperlichkeit die Verwaltung oder Rechtsprechung an sich reicht. Das Volk besteht im republikanischen Frankreich etwa Kriegsrecht und Zensur fast schlummernd als im Außenland der Baron Nikolaus und Xerxes. In Deutschland blieb bei allem Kriegszustand das Parlament immer noch eine unabkömmlinge Kontrollinstanz gegenüber der Regierung. In den parlamentarisch regierten Ländern wird der Staat vollständig und unüberdringlich die Beute einer Kamaraderie von einigen 600 Mann, die ohne jede Gewalt über oder neben sich, ohne jede Verantwortung vor Gott oder den Menschen ihre Länder zugrunde richten.

Kein besonderes Gewicht will ich auf die harten Worte legen, mit denen der Verfasser die parlamentarischen Minister charakterisiert, wenn er sagt: „Die Weisheit des parlamentarischen Ministers besteht darin, daß er von dem Amt, zu dessen Leitung er berufen wird, nichts versteht.“

Er schreibt weiter:

„Agitorische und organisatorische Begabung kennen ja nun gelegentlich zusammenzutreffen; ihre Natur nach werden sie jedoch ziemlich eher völlig getrennt als beieinander vereint sein, und dann verändert eben der Agitator und Demagoge, der parlamentarische Regierungsmann geordnet ist, seine Verwaltung, wie wir das in Deutschlands Städten und Kleinstädten bei unseren Feinden gesehen haben, die uns ohne das so leicht hätten niederringen müssen, wie sie sich das gedacht hatten.“

Zum Schluss noch ein Wort aus gleicher Schrift: „Was die bürgerliche Obrigkeit regiert, gilt die bürgerliche Sozialreform gelebt hat, ist ziemlich zwecklos wie das ganze Prinzip des parlamentarischen Regimes.“

Das ist es, worauf es ankommt. Wo ist am meisten für die deutsche Wohlthat gesorgt worden? Ich glaube, wie können mit Stolz sagen, daß in Deutschland sich in dieser Beziehung in den letzten Jahrzehnten Fortschritt gemacht hat, während in den Reichen parlamentarisch regierten Staaten die Regierungen sich aufgerollt haben in periodischen Kampf um die Macht. Diese Kampf ist dem konstitutionellen monarchischen Staat entsprungen. Darin sehen wir die Gewalt unserer Gesundheit und Kraft, und diese Kraft wird auch in die Lage versetzen, nach dem Kriege die Wohlthat des Landes wieder aufzubauen.

Das Königreich Sachsen hat in früheren Zeiten noch ungünstige Kriegen und noch schwerste Verlusten die Fähigkeit bewiesen, seine Volksstämme wiederzubauen dank dem festen Vertrauen zwischen Könige und Volk. Dieser Wiederaufbau wird um so schneller auch nach dem gegenwärtigen Weltkrieg gelingen, je besser der Friede sein wird, den wir ertragen, denn die Vorstellung darauf ist, daß der Friede selbst uns die Mittel dazu biete. (Sehr richtig!)

Es ist heute nicht unsere Aufgabe, die Ziele der auswärtigen Politik näher zu erörtern, ich verzichte daher darauf, Friedensziele im einzelnen zu behandeln, aber ich halte es doch für notwendig, auf die Wichtigkeit des Zusammenhangs der auswärtigen und inneren Politik hinzuweisen. Wenn sich Wiederholung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik in einer gewissen Vereinfachung zeigt, so können wir aus diesem

die lebhafte aber auf ihrem Standpunkt beharrte, damit der Beschluss der letzten der allein maßgebende sein solle. Das sei ja die Form, durch die es gelungen sei, in England das Oberhaus zu verhindern.

Wenn da gesprochen werde von freiheitlicher, vollstümlicher Neuordnung, so ergriffe das die Herren, und wenn dann die Erste Kammer sage: Ich lehne das ab, so sei sie selbstverständlich vollständig und freiheitlich. Dagegen müsse sich die Kammer wehren, insbesondere gegen den Sinn, der eben doch hier von vielen Seiten untergelegt werde. Es sei keine der in der Zweiten Kammer aufgetauchten Deutungen angenommen, aber auch keine abgelehnt worden, und so müsse man auch mit solchen rechnen, die man entschieden zurückzuweisen habe. Es lage das Wort „abwählbare Neuordnung“ ja zwecklos, daß es sich hier nicht nur um etwas Vereinzeltes handeln sollte, sondern um eine freiheitsfördernde Umgestaltung, und diese Umgestaltung solle freiheitlich und vollständig sein, zugewandt — und das sei der Kern — zur Demokratisierung und Parlamentarisierung. Demokratisierung und Parlamentarisierung seien Wachbegriffe, nichts anderes. Es handle sich darum, ob die Macht im Staate bei der Masse liege; Demokratisierung oder beim Parlament; Parlamentarisierung. Demokratie sei seiner Überzeugung nach keine Staatsform, sondern nur eine Ausbildung der Republik oder auch der Monarchie. Man habe demokratisierte Monarchie in England. Der König sei ein Schatten. (Sehr richtig!) Das Parlament regiere, und zwar regiere naturnah die Mehrheit, und diese regiere unverantwortlich, denn sie sei nur sich selbst verantwortlich. Die Parteien traten an die Spitze und führten das Reich. Die Demokratisierung und Parlamentarisierung wiederum zunächst doch wohl durch die vollständige Demokratisierung des Wahlrechts für die Zweite Kammer erfolgen. Man habe da in gewisser Weise unter der Tagung einstimmung des Reichstagwahlrechts und auch bei bewusster Anerkennung des preußischen Wahlrechts im Sinne des Reichstagwahlrechts. Da habe man jetzt wohl das Dogma für Deutschland? Es meine, nein, und meine auch, daß der Verfassungsausschluß der Zweiten Kammer jetzt recht gehabt habe, als er alle Anträge auf Änderung unseres Wahlrechts abgelehnt habe. Vor dem neuen fächerhaften Wahlrecht seien große Teile unseres Volkes mundtot gewesen. Durch das Wahlrecht sei eine Ausgleichung der Kräfte erreicht worden. Es sei erreicht worden, daß jedem seine Gerechtigkeit wiedergesetzt. Wie wäre es, wenn statt eines demokratischen Wahlrechts eine Gruppe, z. B. die Arbeiter, die absolute Mehrheit gewinne? Würde dann noch von einer Gleichberechtigung der anderen die Rede sein können? Parteidiktat bei tyrannisch rücksichtslos, und diese Parteidiktat würde sich bei uns zur naturnahen Entwicklung der Minorität entwideln. Jetzt liege man über Entschließung, das sei nicht als ein reines Schlagwort. In Sachen sei niemand entrichtet. Aber dann hätte man die Entschließung. Das wäre keine Neuorientierung nach der Freiheit, sondern nach der Unfreiheit hin. Wenn dann gar die Parlamentarisierung hingeladen, wenn also diese Mehrheit die Herrschaft im Staate so ausübe, daß sie auch die Regierung in der Hand hätte, dann hätte sie die unverantwortliche Regierung. Man rufe nach der Verantwortlichkeit und schaue dann selbst eine unverantwortliche Regierung, denn die Majorität richte sich selbst nicht, das versteht sich von selbst.

Im Reiche sei das Drängen nach der Parlamentarisierung recht lebhaft, das Drängen darauf, daß die Reichsregierung tatsächlich im Interesse des Parlaments untergeordnet sei, daß die Mehrheit des Parlaments die Reichsregierung bilden, also kurz gesagt, die Konkurrenz von Staat aus befreie und daß demgemäß diese Mehrheit herrsche. Es sei schon vom Ministerium aus bestimmt worden, daß damit das föderalistische Prinzip und die verfassungsnahme Gestaltung des Reiches vernichtet werde; denn der Bundesrat würde einfach ausgeschaltet werden, der Kaiser und die Bundesfürsten würden zu einer Gruppe von Schatzengestalten und die Herren X und Y, die aus dem Reichstag als Mehrheitsmänner und regierende Männer hervorgegangen, hätten das Best in der Hand. Wie sich das Reich unter einem solchen Parlamentarisierung entwideln würde, das liege wohl klar aufzugeben. Nur das möchte er bemerken, daß in erster Linie von einer Übertragung englischer Vorbilder auf Deutschland oder gar von einer Übertragung amerikanischer auf Deutschland schliebendes nicht die Rede sein könne. Eine Parteidiktat im Sinne des echten parlamentarischen Systems sei in Deutschland unmöglich. In England habe es sich schon so gestellt, daß man nicht weiß, was noch kommen werde. Bei uns könnte eine Mehrheit nur läufig sich entwideln, wie sie tatsächlich läufig bei d. Friedensresolution des Reichstags vorstanden sei. Wie sollte man denn da eine deutsches nobile Regierung? Heute sei die Mehrheit so, morgen so. Deutschland hätte einen Siemssen nie gehabt, wenn das parlamentarische Regiment hier in Preußen geweisen wäre. Und wo wäre dann Deutschland geblieben? Also Fazit: Nach seiner Überzeugung solle man auf dem Boden der monarchisch-konstitutionellen Verfassung bleiben. Auf dem Boden der Reichsverfassung solle man alles tun, was zur freiheitlichen und vollständigen Entwicklung wünschenswert und möglich sei, aber man solle es: nicht tun unter Erstickung dieser Fundamente. (Lebhafte Bravo.)

#### Oberbürgermeister Blüher-Dresden:

Mit den Ausführungen Dr. Eggers des Hrn. Ministers des Innern und auch mit denen des Hrn. Vorredners berührte er sich auf beiden Gebieten. Er begrüßte es durchaus, daß der Hr. Minister heute Gelegenheit genommen habe, auch von seinem Standpunkt aus darzulegen, daß man sich in Deutschland einer großen Reihe freiheitlicher Errichtungen erfreue, welche die Kinder der Entente wie Frankreich, England und Amerika in keiner Weise ihren Bürgern und Einwohnern zur Verfügung stellten. Es sei nur die Unkenntnis, die gerade auf diesem sozialrechtlichen Gebiete sowohl bei uns in bezug auf die Verhältnisse der Entente-Staaten herrsche, wie umgekehrt, die ja noch weit größer, als sprachliche Unkenntnis, die namentlich in England, aber auch in Amerika und Frankreich über unsere Errichtungen bestehe, die zu der Ausschöpfung Anlaß gebe, als eigentlich in Frankreich, England und Amerika der Bürger sich größerer Freiheiten erfreuen könnte als bei uns. Gerade auf dem Gebiete, das ihm besonders nahe liegt, auf dem Gebiete der Selbstverwaltung, habe man in Deutschland Errichtungen, die kaum hoch über denen Frankreichs, Englands und Amerikas ständen. Aber auch auf anderen Gebieten — er wolle nur andeutet Wehrpflicht, Schulwicht — habe der deutsche Staat vielmehr geschaffen und seinen Bürgern auf vollständigem und freiheitlichem Gebiete viel mehr gegeben, als es die westlichen Staaten, insbesondere auch Amerika, getan hätten. Er berührte sich weiter mit dem Hrn. Minister darin, wenn er Front mache gegen Befreiungen nach einer uneingeschränkten Zentralisierung im Reiche. Die Zentralisierung sei die größte Stärke Deutschlands, und die Zentralisierung müsse man gerade im Sinne einer vollständigen und freiheitlichen Entwicklung des deutschen Volkes erhalten. (Sehr richtig!) Er stimmte weiter mit den Herren Vorrednern und namentlich mit Eggers, daß die Parlamentarisierung für Deutschland in seiner Weise passe, vor allen Dingen schon nicht wegen unseres zerstörten Parteiwerks. Bedenkt habe er aber gegen das Votum der Deputation. Sowohl der Hr. Minister, als auch Eggers Woch hätten beide auch mit Recht vorausgesessen, daß das Votum der Deputation einen Eindruck hervorruft werde, als ob die Erste Kammer es ablehnte, sich zu dem Gedanken der Neuorientierung zu befreien.

Der seit kurzer Zeit nach Kriegsbeginn viele Kreise des Volkes betrachtete und auch begehrte. Er glaubte, es würde eine solche Ausschöpfung des Votum der Deputation nicht im weitesten überwiegenden Teil der Kammer liegen, denn er glaubte, die weitauß überwiegende Mehrheit würde doch wohl bereit sein, sich zu dem Gedanken der Neuorientierung auch heute noch zu befreien. Es meine deshalb, es sei nicht richtig, wenn die Deputation heute ein Votum vor-

schlage, das den Beschlüssen der jenseitigen Kammer, wie es in dem Votum steht, die Zustimmung schlechthin versage. Neben geht kurz auf die Gründe, die zu diesem Votum geführt haben, sowie auf die geschichtliche Entwicklung des Antrages ein. Der Gedanke, das Programm der Neuorientierung habe weiteste Kreise unseres Volkes erfüllt, erfüllte zunächst immer mit dem Gedanken, daß man an die Durchführung dieser Neuorientierung erst nach dem Frieden herangehen solle, ausgehend von dem Gedanken, daß es richtig sei, die Leute im Schüppengraben, die Wähler brauchen an der Front mit an den Entscheidungen teilnehmen zu lassen. Es sei in diesem Sinne Burgfrieden erhalten worden bis zum Beginn dieses Jutes, bis die Ereignisse im Preußischen Herzogtum doch dazu geführt hätten, nun eine Unruhe dahinein zu bringen, ob diese Auflagen und diese Bereitschaft auch noch nach dem Kriege weiter bestehen würden. Aus dieser Unruhe heraus sei die Oberhoheit des Kaisers entstanden, und das sei auch das Milieu, unter dem man den Antrag, den am 3. Mai 1917 in der Zweiten Kammer die einzelnen Parteien eingeschlossen, betrachten dürfe. Nicht darum handele es sich, die Forderung der Parlamentarisierung nach englischem Muster auf die Einzelstaaten zu übertragen, sondern der Antrag Frischholz sei zunächst dahingestellt, die von der Reichsleitung zugesagte volständige und freiheitliche Neuordnung zu unterdrücken, und zwar alsbald zu unterdrücken. Der Gedanke sei jedoch der gewesen, daß auch die jährlische Regierung — so lasse er den Gedanken auf — sich habe befreien sollen zu dem Gedanken und dem Programm der Neuorientierung. Jedes Programm leide an Unbestimmtheit und Allgemeinheit, und deswegen sei es durchaus richtig, was der Hr. Berichterstatter gesagt habe, daß der Antrag an einer gewissen Unbestimmtheit leide. Aber auf der anderen Seite wolle man doch nicht verkennen, daß dieses Programm der Neuorientierung in unserem inneren Leben eine außerordentliche Rolle spielt. Wenn ein großer Teil unseres Volles, insbesondere auch in Sachsen, Wert darauf lege, daß die jährlische Regierung und daß auch die Erste Kammer sich die Frage vorlege: wie sollten sie sich zu diesem Programm der Neuorientierung, dann jehe es über diese Unbestimmtheit hinweg, erkläre, daß er sich in seiner Weise auf die Einzelheiten festlege, doch er aber durchaus freidig noch wie vor sich befinden zu dem Gedanken der inneren Neuorientierung. Das sei ja auch von den verschiedenen Berichterstattern im jenseitigen Hause erwartet worden, daß sie es durchaus ablehnen, sich auf Einzelheiten festzulegen. Derjenige Punkt, um den eigentlich mehr der Streit besteht, sei die Frage, ob man herangehe an die Neuorientierung, bevor der Friede geschlossen sei und bevor die Heere und die Kämpfer zurück seien, oder ob man diese Sache verschiebe bis zu dem Zeitpunkt, wo die Heere wieder dazurück seien. Es bekenne durchaus, daß über die eine wie über die andere Lösung sich gute Gründe anführen ließen. Aber wenn er den Sachen gegenüberstehe, so sage er: die Neuorientierung sei bereits voll im Gange im Reiche. Er erinnere an die neue Verteilung und Neuordnung der Reichsämter, an der sich selbstverständlich auch die jährlische Regierung beteiligt habe. Er glaube nicht, daß die Regierung dagegen gestimmt habe, wie es sich darum handelt habe, die Mittel zu benützen für das neue Staatssekretariat. Man sei in Preußen mittler in dieser Neuorientierung darin; es sei zugesagt die Vorlage wegen des preußischen Wahlrechts.

Man sei auch in Sachsen mittler darin: die jährlische Regierung habe vor wenigen Tagen durch die „Sächsische Staatszeitung“ verlautbaren lassen, daß in dem nächsten Landtag eine Vorlage wegen Reform des Ersten Kammer vorliegen werde. Also gegenüber diesen Tatsachen, denen man sich doch nicht verschließen solle, sei es zwecklos, zu sagen: es wäre besser, daß das hinzugeschoben würde. Er erkläre ausdrücklich, daß er das „alsbald“, das im jenseitigen Hause dem Beschluss eingetragen worden sei, keineswegs etwa in dem Sinne aufhebe, daß nun diese Sache erledigt sei und daß alle Seiten dieser Frage der Neuorientierung angeschnitten werden müßten, bevor man Frieden schließe. Das sei schon rein praktisch ein Ding der Unmöglichkeit. Aber er könne sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß er nach der ganzen Entwicklung, welche diese Frage genommen habe, es ablehne, vor dem Frieden an diese Fragen auch nur in Vorarbeiten heranzutreten. Es seien eine ganze Reihe von Fragen, die erledigt werden könnten, ohne daß es zu großen politischen Kämpfen führen. Er denkt beispielweise an die Forderungen nach Beteiligung der Bevölkerung in den §§ 153 und 162 Abz. 2 der Gewerbeordnung, an gewisse Umgestaltungen des Strafgesetzbuchs usw. Wovon er das Meiste erwartet, das sei die stärkste Ausübungnahme möglichen Regierung und Parlamentsparteien und auch die Erteilnahme von Vertretern der Parlamentsparteien in die Regierung. Es stelle dabei an die Sparte die Forderung, daß es notwendig sei, die politischen Parteien mehr noch als bisher zur politischen Verantwortung zu erziehen. Man leide ja vielleicht darunter, daß im Parlament bei den Anträgen, die gestellt würden, und bei den Debatten, die geführt würden, nicht dasjenige Verantwortungsgefühl befreie und zum Ausdruck komme, daß im Interesse des Staates zu tun ist. Der lezte Grund sei doch eben der, daß die Widerstande nicht die Verantwortung trage für die Anträge, die sie stelle und für die Forderungen, die sie erhebe. Was könnte zu besseren Zuständen in dieser Richtung nur kommen, wenn man Einrichtungen treffe, die dazu führen, dieses Gefühl der Verantwortlichkeit zu erhöhen und zu steigern.

Watum halte er es aber für besonders notwendig, im gegenwärtigen Augenblick den Wünschen, die eine große Mehrheit in der Zweiten Kammer und weit Kreise unseres Volkes erhoben hätten, die Zustimmung nicht zu versagen? Feder, dem das Gedanken unseres Vaterlandes am Herzen liege, müsse sich überlegen und müsse sich befragen: was könnte man tun, um die Einigkeit, die zu Kriegsbeginn geherrscht habe und seitdem aber gelitten habe, wieder herzustellen? Auf diese Einigkeit spekuliere ja das Ausland, auf die spekulativen Hörer Wilson in seiner Antwortfrage an den Post. Die Uneinigkeitsstreitungen dürfe man in keiner Weise fördern. Wenn er sieht, daß weite Kreise Wert daraus legen, daß man sich zu diesem Programm der Neuorientierung befenne und daß man es auch nicht ablehne, an die Inangriffnahme dieser Neuorientierung schon jetzt heranzutreten, dann sage er sich, müsse man jetzt in dieser schweren Zeit großen Wert legen auf das, was man Stimmenwerte nenne. Und darum sollte er sich auf den verbindlichen Standpunkt und sage sich, es sei gewiß manchen, welche die Neuorientierung forderten, gesagt und gefordert worden, womit er nicht übereinkomme, und wenn man einmal darangehe, im einzelnen den Plan der Neuorientierung anzugeben, dann werde es ganz gewiß noch harte Kämpfe geben, aber alles das könne ihn nicht abhalten, doch zu erklären, daß er mit dem Grundgedanken der Neuorientierung auch heute noch einverstanden sei; und um das zum Ausdruck zu bringen, werde er gegen das Votum der Deputation stimmen.

#### Major a. D. Kommerherr Dr. v. Röpke-Wallwitz:

Mr. Oberbürgermeister Blüher habe eben jetzt darauf hingewiesen, daß es auf die Stimmliste im Volle sehr ankomme. Das unterschreibe er vollkommen. Es kommt aber nicht bloß auf die Stimmliste hier im Innern an, sondern auch sehr auf die Stimmliste des Volksausschusses, und deshalb halte er es für gut, wenn zu diesem Beschuß der Zweiten Kammer auch von einer Stellung genommen werde, die einigermaßen Bescheid,

wisse über die Wünsche und Stimmlisten unserer Volksausschüsse zu sprechen. Wenn man die Ziele des Antrages kannt erkenne will, so müsse man unbedingt auf die Berhandlungen in der Zweiten Kammer zurückgreifen, und dort habe ja der Hr. Berichterstatter Röpke gesagt, daß die Zustimmung zum Antrag Frischholz, welcher der Sache ja zugrunde liege, somit die Festlegung auf die Beschlüsse des Reichstags-Vollversammlungshaus bedeute. Aber doch habe der Berichterstatter Hr. Brodow einige dieser Beschlüsse hervorgehoben und als Beispiele angeführt, daß gerade die gemeint seien. Unter diesen habe er besonders hervor die Forderung, welche die Kommandowaltung des Reichs einzuhalten wolle, welche fordere, daß der preußische Kriegsminister bei der Ernennung der Offiziere gegenzeichne. Er möchte hervorheben, daß das preußische Militärbüro geradezu glänzend arbeite. Es komme im Kriege nicht bloß darauf an, immer die richtige Wahl zu treffen, sondern auch darauf, daß eine Entscheidung schnell getroffen werde. Wenn aber nun der preußische Kriegsminister bei jeder Ernennung jedesmal noch geholt werden müsse, so müsse das unbedingt zu einer Verzögerung führen, die der Sache nachteilig sei. Hier werde aber nicht nur ein Schuhmacherscher bestreit, sondern es würden dadurch umständliche Neuerungen angebahnt. Der Kriegsminister solle dem Reichstag vereinfacht sein für die Art und Weise der Stellungnahme im Heere. Wenn das eingeführt werde, so werde sich daraus ganz gewiß entwindeln, daß die Reichstagssmehrheit die Entscheidung ihr missliebiger Generalen überlässt.

Und noch einen anderen Beschuß habe d. Abg. Brodow erwähnt, der zu den erstenbewegten Neuerungen gehöre, daß nämlich der Einfluß des Reichstages gegenüber Krone und Regierung in außerordentlichen Angelegenheiten geschärft werden möchte. Sie brauchen fänden, daß der Einfluß der Reichstagssmehrheit auf die auswärtige Politik leider viel zu groß sei. (Sehr richtig!) Seit drei Jahren hätten die deutschen Truppen Gefahren und Anstrengungen auf sich genommen und den Feind geschlagen, wo er sich gestellt habe, und jetzt, wo sich der Kampf dem Ende zu neigen wolle, wo überall bei den Feinden sich die Auflösung einzulösen beginne, wo der endgültige Sieg wolle, finde es die Reichstagssmehrheit für richtig, ernst im Namen des deutschen Volles die Friedensbereitschaft zu betonen. Die voraussehenden Folgen seien eingetreten. Wiederbelebung der Hoffnung des Feindes, neue Kämpfe; und unsere Truppen seien es, die mit Blut und Leben dafür zu zahlen hätten. (Sehr richtig!) Inhalt des Punkts steht voll zu nehmen und die Reichstagssmehrheit für die entsprechenden Verhandlungen mit dem Feinde zu statten, spreche der Reichstag immer bloß von Verzichten und bindet in der Regierung die Hände. Ein Kämpfer sei ganz gewiß damit nicht einverstanden. Wenn die deutschen Truppen nach Hause lämmen, würden sie vorzüglich auch noch die Kosten bezahlen müssen für einen aufgezwungenen Krieg, in dem sie gefangen hätten. Da könne man nicht erwarten, daß ein Kämpfer dazu beitrage, daß der Einfluß des Reichstags auf die auswärtige Politik noch wachse. Es sei nicht in der Lage, den Beschuß der Zweiten Kammer gutzuheißen wegen seiner Allgemeinheit und deshalb, weil gerade auch solche Sachen hier ausdrücklich mit hervorgehoben worden seien. Auf Neuorientierung seien sie deshalb draußen im Felde, soweit sie sich mit Politik beschäftigen, durchaus. Es stimme dem Antrag der Deputation zu. (Bravo.)

#### Geh. Kommerzienrat Waentig:

Wenn er auch mit den Ausführungen des Hrn. Ministers des Innern im weitesten Sinne übereinstimme und wenn auch die Erklärungen von Eggersbach seinen Überzeugungen in vollem Maße entsprechen, so könnte ihm das doch nicht dann führen, die Schlußfolgerung hieraus zu ziehen, dem Beschuß der Zweiten Kammer die Zustimmung zu verweigern. Er lädt sich da den Ausführungen des Hrn. Oberbürgermeisters Blüher an. Er sei der Ansicht, daß mit der Annahme des Beschlusses der Zweiten Kammer nichts anderes ausgesprochen werde als die Zustimmung zu den Willen, die Neuordnung im Reiche im Sinne der Oberhoheit des Kaisers freilich zu erhalten, und daß in diesem Sinne die Staatsregierung wirken solle. Mit diesem Antrag werde aber nach meiner Richtung eine Übereinstimmung mit den einzelnen Beschlüssen des Verfassungsausschusses des Reichstages aufgeworfen, noch weniger etwa mit Tendenzen, die geeignet seien, an einer Grundlage der bundesstaatlichen Organisation des Reiches zu ruhmen oder in die Verfassungen der Einzelstaaten einzutreten. Auf der anderen Seite sei nicht zu verkennen, daß mit einer Ablehnung des Antrages die Aufstellung Nahrungholz erhalten würde, daß ob gründlich gegen die Neuorientierung Stellung genommen werden sollte, eine Ausschaffung, die seiner Ansicht nach auch keineswegs mit den Ausführungen der Ersten Kammer übereinstimme. Deshalb seie er sich nicht in der Lage, dem Votum der Deputation zu zustimmen.

#### Will. Geh. Rat Prof. Dr. Bach, Eggersbach:

Im Interesse der Einmütigkeit wie auch im Interesse der richtigen Wirkung des zu laufenden Beschlusses nach außen und der Vermeidung von Missverständnissen dürfe es liegen, dem Votum eine Motivierung hinzuzusagen. Er habe das schon in der Deputation angestrebt, es sei aus formalen Gründen aber abgelehnt. Er beantragt, zu sagen:

#### Die Kammer wolle bestätigen:

1. daß die wünschenswerte Neuorientierung im Beschuß der Zweiten Kammer leinetlei bestimmten Ausdruck gefunden hat, und  
2. daß die Neuordnung im einzelnen Bundesstaat Sachse die Wiedergabe bleibt muss, dem Beschuß der Zweiten Kammer die Zustimmung zu verweigern.“

Ministerialdirektor a. D. Geh. Rat Domherr D. Kreichsmar glaubt namens der Deputation sagen zu können, daß der eben gestellte Antrag als Vorschlag und Antrag der Deputation anzusehen sei, und daß die Herren Mitglieder der ersten Deputation damit einverstanden seien.

Kammerherr Zahner v. Zahner-Chenbergs lokalisiert, daß er überhaupt nicht gestagt worden sei, ob er sich dem neuen Antrag anschließe. Er lehne es ab, irgendwie eine Erklärung abzugeben.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen, damit sich die Deputation zurückziehen und auf eine neue Fassung des Antrags einigen kann.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erhält das Wort

#### Berichterstatter

Ministerialdirektor a. D. Geh. Rat Domherr D. Kreichsmar: Die Deputation habe nochmals in der Sache beraten und zur Vermeidung von Missverständnissen beschlossen, dem Votum folgende Fassung des Antrags vorzuschlagen:

In Erwidigung 1. daß eine Neuorientierung, welche die Erste Kammer gründlich nicht ablehnt, in dem Beschuß der Zweiten Kammer leinetlei bestimmten Ausdruck gefunden hat und

2. daß die Neuordnung im einzelnen Bundesstaat nur die die Zweiten Kammer erfolgen darf, wolle die Kammer bestätigen:

dem Beschuß der Zweiten Kammer, die Regierung zu erzielen, durch ihre Vertretung im Bundesrat dahin zu wissen,

dass alsbald im Reich eine freiheitliche und vollständige Neuordnung durchgeführt werde, die Zustimmung zu versagen.

**Kammerherr Zahrer v. Saar-Grenberg:**

Er sei nicht gegen ein ruhiges Fortschreiten in der Gesetzgebung, aber gegen die sogenannte Neuorientierung, unter der nur zu verstehen sei, dass die jetzige Zeit ausgenutzt werden solle, zu demokratisieren, zu parlamentarisieren und dergleichen mehr. Er wolle also gegen das Votum der Deputation stimmen.

Hierauf nimmt die Kammer den Antrag der Deputation in der neuen Fassung gegen 1 Stimme an.

Letzter Punkt der Tagesordnung: Anzeigen der vierten Deputation über drei für unzulässig erklärte Beschwerden bez. Petitionen. (Drucksachen Nr. 282, 332 und 334.)

Se. Erlaucht Hr. Graf zu Castell-Castell erschafft die Anzeigen, bei denen es bewendet.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

(Schluss der Sitzung 3 Uhr 36 Min. nachmittags.)

Tagesordnung für die fünfundachtzigste öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, Mittwoch, den 3. Oktober 1917, vormittags 11 Uhr.

1. Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abg. Dr. Roth und Gen., die Vorlegung eines Gewerbeabgabekonkurrenzbeschluss betreffend. (Drucksache Nr. 301.)
2. Allgemeine Vorberatung über den Antrag des Abg. Dr. Hähnel und Gen., die Errichtung einer Poliklinik für manuelle Krankengymnastik in Dresden betreffend. (Drucksache Nr. 302.)
3. Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über die Petition der Firma J. G. Schenzig in Krumbach und Gen. um Verhandlung der Strecke Mittweida—Dreiwerden bez. Ringelholz und Weiterführung dieser Bahn nach Kriebelholz und nach Frankenberg bez. Röda. (Drucksache Nr. 437.)
4. Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über die Petition des Gemeinderates und - des Ortsvereins zu Schweinitz um Weiterführung der volljurigen Staatsseisenbahnlinie Altenburg—Schweinitz nach Strohgräbchen (Sa.). (Drucksache Nr. 438.)
5. Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über die Petition des Verkehrsbauschusses der Gemeinde Nübenau, den Lohstrassenverkehr auf der Straße

Oberhau—Nübenau betreffend. (Drucksache Nr. 439.)

6. Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Finanzdeputation B über die Petition des Lehrers Müller in Rodnitz und Gen., um Anchluss der Gemeinden Rodnitz und Treben an die Nebenbahn Wurzen—Eilenburg (Drucksache Nr. 440.)
7. Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Reichsverteidigungsdeputation über die Petition der Volksverbund Theresia Krause geb. Knabe in Eilenburg um nachträgliche Erhöhung ihrer Militärhinterbliebenenpension. (Drucksache Nr. 240.)
8. Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Reichsverteidigungsdeputation über die Petition des Kaufmeisters, elternlosen Kinders beim Eisenbahn-Neubauamt Leipzig, Adolf Müller in Leipzig, seine Einkellung in den Bahnmelcher-Ausbildungsdienst betreffend. (Drucksache Nr. 236.)
9. Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Reichsverteidigungsdeputation über die Petition der Eisenbahnarbeiterin Else Reuber in Hartenstein um Gewährung einer Unterstützung. (Drucksache Nr. 393.)
10. Schlussberatung über den mündlichen Bericht der Reichsverteidigungsdeputation über die Petition des Eisenbahnerkreises a. D. Georg Greifeld in Laubegast, die Gewährung von Pension an seine Ehefrau betreffend. (Drucksache Nr. 400.)